Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schabels, Kamen.

Heimatsfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 52 — Dienstag den 2. März 1920 — 48. Jahrgang

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 1. März.)

Abg. Cohn (U.) bemerkt vor Eintritt in die Tagesordnung zur Geschäftsordnung, seine Partei werde im Verlaufe der Sitzung einen Antrag einbringen, die Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, welche das Strafgesetzbuch verschärft, indem sie die Todesstrafe bei Brandstiftungen usw. einführt. — Der Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen geht ohne Aussprache an den Verfassungsausschuß. — Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfes des

Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu § 2 (persönliche Steuerpflicht) begründet Abg. Dr. Becker-Hessen (D. V.) einen Antrag, der doppelte Besteuerung auf das Einkommen auf ausländischem Grundbesitz, oder Gewerbebetrieben verhindern will, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß der Steuerpflichtige sich nicht seinen inländischen Steuerpflichten durch den ausländischen Besitz hat entziehen wollen. Der Antrag Dr. Becker wird abgelehnt. — Zu § 12 begründet Abg. Wetzlich (D.-N.) einen Antrag, daß Gewinne aus Veräußerung von Grundstücken nicht steuerbar sein sollen, es sei denn, daß die Grundstücke innerhalb der letzten 5 Jahre erworben wurden. (Vorlage 10 Jahre.) Der solide Grundbesitz muß gestützt werden. — Abg. Seger (U.) wendet sich gegen eine Bevorzugung der Reichswehr durch Steuerfreiheit ihrer Naturalbezüge. — Unterstaatssekretär Mösle bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen, die Anträge aber abzulehnen. Bei der Abstimmung über den Antrag Wetzlich bleibt das Ergebnis zweifelhaft, weil während der Stimmzählung noch Abgeordnete den Saal betraten. — Präsident Fehrenbach: Es ist ein Elend, daß die Herren bei der Abstimmung nicht im Saal anwesend sind, sondern in Restaurants sitzen. — Der Hammelsprung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Für den Antrag haben 87, gegen ihn 100 Abgeordnete gestimmt. — Nach ¼stündiger Pause eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung und bemerkt: Vielleicht geruht es den Herren Fraktionsführern, das Pflichtgefühl der Abgeordneten soweit zu stärken, daß im Laufe der Woche noch einmal ein beschlußfähiges Haus zusammenkommt. Die Beratung wird fortgesetzt. § 12 wird in der Ausschußfassung angenommen, abgesehen von dem Antrag Wetzlich zu Absatz 12, der zurückgestellt wird. — Zu § 16 wird ein Antrag Dr. Becker-Hessen angenommen, wonach das Einkommen der Haushaltungsvorstände und seiner minderjährigen Kinder zusammengerechnet werden soll. — Bei § 19 begründet Abg. Keil (S.) einen Antrag Dr. Blunck (D.) und Gen., auf den die Mehrheitsparteien und die Rechte sich geeinigt haben, wonach der dem steuerfreien Einkommen hinzuzurechnende Betrag sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und jede weitere zum Haushalt zählende Person erhöht, sofern letztere das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat. Der § 10 wird mit dem Antrag Blunck angenommen. Dienstag: Fortsetzung.

Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Der gestrige Verhandlungstag wird eingeleitet mit der Erörterung der angeblichen Denunziation Helfferichs in der belgischen Frage. Helfferich erklärte: Der Vorwurf der „gemeinen Denunziation" in meiner Broschüre bezieht sich auf den Vorstoß, den Erzberger gegen mich bezüglich der belgischen Frage unternahm. Er sagte darin, daß unter Helfferichs Aegide die schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert wurden. Deswegen müsse ich in diesem Anariffe eine Drohung mit der Auslieferungsliste sehen und eine Denunziation an die Entente. — Erzberger erklärt: Alle Behauptungen des Angeklagten auf diesem Gebiete kann ich unter meinem Eide als falsch bezeichnen. Im übrigen wußten unsere Gegner über die belgische Frage sehr genau Bescheid, denn bei dem überstürzten Rückzuge aus Belgien fielen alle Akten über die belgische Frage in die Hände der Belgier. Den Vorwurf der Denunziation weise ich mit großer Entschiedenheit zurück. Erzberger verliest eine Stelle aus dem stenographischen Protokoll der Nationalversammlung vom 20. Juni 1919, um zu beweisen, daß die Aeußerung „Dann können Sie sich nicht beklagen, wenn gewissen Persönlichkeiten das Mißgeschick passieren sollte, auf die Auslieferungsliste gesetzt zu werden", nicht eine Aeußerung von ihm, sondern vom Abg. Richter war, die er, Erzberger, in seiner Rede nur zitierte. Der Sinn meiner Rede war jedenfalls ganz anders, als der Angeklagte ihn hier darstellt. — Helfferich behauptet: Der stenographische Bericht, auf den Erzbergers Aussage sich stütze, wurde abgeändert und besagt: Die belgische Regierung urteilte über meine Tätigkeit anders als Sie. — Erzberger: Das Gegenteil ist der Fall. Von der belgischen Regierung werden Sie als Haupturheber angesehen. — Zeuge Geheimrat Rieffer bekundet u. a.: In jener Rede, die hier in Frage steht, machte ich den Passus so, wie er mir hier in den Mund gelegt wird, nicht. Meines Erachtens müßte Erzberger sich dessen bewußt sein, daß die scharfen Angriffe, die er auf Geheimrat Hugenberg, Helfferich, Lindendorff und andere in seiner Rede vom 25. Juni richtete, die Entente zu dem Auslieferungsbegehren bezüglich der Angegriffenen veranlassen konnte.

Zum Fall Janke (Diebstahlsaffäre im Flottenverein) bekundet der Zeuge Grunow, der als Richter die Voruntersuchung führte, Erzberger habe die Aussage mit dem Bemerken verweigert, daß er sich bei ihrer Beantwortung strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde.

Reichsminister Giesberts bekundet zur Juli-Resolution, daß er das Vorgehen Erzbergers nicht als einen Vorstoß ansehe. — Minister David führt aus: Die sozialdemokratische Partei unterrichtete Bethmann-Hollweg eingehend über die im Volke herrschende Mißstimmung. Sie forderte eine klare Erklärung über die Kriegsziele. Ebert erklärte: Das Volk verlor jedes Vertrauen zur Regierung. Es müsse reiner Tisch geschaffen werden. — Der Vorsitzende des Gerichtshofes faßte die Aussage Davids dahin zusammen, daß er den Vorstoß Erzbergers nicht als etwas betrachte, auf das die Regierung gefaßt sein mußte. — David erklärte, er wisse nicht, ob die Regierung wissen mußte, daß diese Aktion gerade von Erzberger ausgehen werde, aber die Regierung war darüber unterrichtet, daß eine sehr kritische Situation vorhanden war. Der Minister sagte zur Frage der Steuervorlagen noch, einer Aeußerung Erzbergers, daß der Reichskanzler auf die Durchführung der Vorlagen keinen Wert lege, würde er sich unbedingt erinnern. So eine markante Aeußerung des Reichskanzlers wäre, wenn er sie gehört hätte, seinem Gedächtnis nicht entfallen. — Helfferich fragt Erzberger, ob es richtig sei, daß kürzlich zu Händen des Generaldirektors Robes vom Thyssenkonzern 400 Millionen Mark als Entschädigung für die lothringischen Hüttenwerke gezahlt worden seien.

— Erzberger lehnte in seiner Amtseigenschaft als Reichsfinanzminister es ab, sich darüber in der Oeffentlichkeit zu äußern. Es handele sich auch nicht um die Firma Thyssen allein, sondern um noch 16 andere Firmen. In der württembergischen Einfuhrangelegenheit sagten alle vernommenen württembergischen Zeugen übereinstimmend aus, eine Einwilligung Erzbergers auf das Zustandekommen des Vertrages fand nicht statt.

In der vierten Nachmittagsstunde erklärte der Vorsitzende im Einvernehmen mit den sämtlichen am Prozeß Beteiligten die Beweisaufnahme für geschlossen.

Die preußische Städteordnung.

Die im preußischen Ministerium des Innern endgültig fertiggestellte Städteordnung bedeutet den Versuch einer kommunalen Demokratisierung. Wir geben zunächst die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs, der in nächster Zeit der Landesversammlung zugehen soll, wieder: Alle Gemeinden über 15 000 Seelen können die Stadtrechte erwerben. Die Stadtverordnetenversammlungen bestehen aus 8 bis 100 Bürgervertretern. Aktives und passives Wahlrecht hat jeder Bürger. Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung ist unmittelbar und geheim, sie erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts. Der Magistrat führt die Geschäfte der Stadt. Wenn ein Bürgermeister in Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst nicht besitzt, muß ein hauptamtlicher Beigeordneter diese Befähigung haben. Die Mitglieder des Magistrats werden auf zwölf Jahre gewählt. In kleinen Städten kann von der Einrichtung eines Magistrats abgesehen werden. Ehrenämter muß jeder Bürger mindestens auf die Dauer von acht Jahren annehmen. Wer sich weigert, verliert für acht Jahre die Ausübung des Bürgerrechts und kann ein Achtel bis auf ein Viertel höhere zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß den ehrenamtlich tätigen Bürgern bis zu einer bestimmten Höhe Ersatz für Barauslagen und eine billige Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst gewährt wird. Für die Bevölkerung der städtischen Beamten ist eine Besoldungsordnung aufzustellen, zu der sich die Beamtenräte zu äußern haben. Die auf Zeit gewählten höheren Beamten sind nicht verpflichtet eine Wiederwahl unter ungünstigeren Bedingungen anzunehmen. Die Selbstverwaltung der Städte bleibt erhalten unter Beobachtung einer Reihe von Richtlinien für die Vermögensverwaltung, Anleihenaufnahme, Steuern und Abgaben. Der Staat führt eine Aufsicht über die Städte, das Aufsichtsrecht über die Städte bleibt etwa im alten Umfang erhalten, der Staat soll in erster Linie Gesetzwidrigkeiten durch sein Aufsichtsrecht verhindern können. Den Städten steht ein Beschwerderecht gegen Maßnahmen des Staates zu. Die Zuständigkeitsfragen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sind im demokratischen Sinne ausgebaut, wobei Wert auf gedeihliches Zusammenarbeiten beider Körperschaften gelegt wird. Das Schulrecht der Gemeinden wird durch besonderes Gesetz geregelt. In allen Städten haben 1920 neue Stadtverordnetenwahlen stattzufinden. Die Wahlzeit aller Bürgermeister und Beigeordneter erlischt drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung. Erfolgt keine Wiederwahl, so ist für den Rest der Wahlzeit das volle Diensteinkommen einschließlich aller Zulagen dem Ausscheidenden zu zahlen.

Die Betriebsratswahlen.

Nachdem das Gesetz über die Betriebsräte im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden ist, und somit Gesetzeskraft erhalten hat, ist es notwendig, daß nunmehr überall Vorbereitungen für die Wahl getroffen werden, da die erste Wahl, wie aus dem § 102 des Gesetzes hervorgeht, spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuleiten ist. Der vorgenannte Paragraph ist deshalb sehr wichtig, weil er die Uebergangsbestimmungen enthält. Es wird in ihm gesagt, daß der jetzt bestehende Arbeiterausschuß in einer gemeinsamen Sitzung mit dem etwa vorhandenen Angestelltenausschuß die Bestellung des Wahlvorstandes vorzunehmen hat. Die weiteren Bestimmungen über die Wahl ergeben sich aus der Wahlordnung, so wie sie im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden ist. Danach wird der Betriebsrat in der Weise gewählt, daß die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter besonders wählen, wenn nicht die Arbeiter und Angestellten sich für eine gemeinsame Vorschlagsliste entschieden haben. Eine solche Entscheidung kann aber nur dadurch erfolgen, daß die Arbeiter und die Angestellten in besonderten Versammlungen sich mit Zweidrittel-Mehrheit für die gemeinsame Vorschlagsliste entscheiden.

Dem Wahlvorstand fällt die Aufgabe zu, eine Liste der Wahlberechtigten getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und Angestellten aufzustellen. Vorhandene Listen, Krankenkassenlisten und Lohnlisten können benutzt werden. Der Wahlvorstand hat weiterhin spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe ein Wahlausschreiben zu erlassen. Wenn also als letzter Tag der Stimmabgabe der 23. März festgesetzt ist, so muß der Aushang des Wahlausschreibens am 2. März geschehen sein. Besonders hervorgehoben werden muß, daß die Wahl eine Fristwahl ist, daß sie also an mehreren Tagen stattfinden kann. In Betrieben, in denen ein Teil der Arbeiter regelmäßig werktags auswärts arbeitet, aber über den Sonntag am Orte des Betriebes anwesend ist, empfiehlt es sich, die Wahl in der Weise auf mehrere Tage zu verlegen, daß darunter ein Sonntag ist.

Bei der Aufstellung der Vorschlagsliste ist zu beachten, daß sie wenigstens doppelt so viel wählbare Bewerber nennen soll, wie von der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppe Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Hierbei sollen die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen wie weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Um eine ordnungsgemäße Wahl durchzuführen, ist es unbedingt nötig, daß sich sowohl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer mit den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes der Wahlordnung vertraut machen.

Die beiden Richtungen.

In einer Besprechung der gewerkschaftlichen Richtlinien zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen setzt sich der Vorwärts mit dem wilden Bruder des mitregierenden Sozialismus über die Aufgabe der Betriebsräte auseinander. Das Blatt führt zu der Frage, in welcher Weise und in welchem Grade die Betriebsräte dem Sozialismus dienen könnten, folgendes aus:

Nach sozialdemokratischer Auffassung kann die Ueberwindung des Kapitalismus nicht aus einem Punkt heraus erfolgen, sondern die verschiedensten Faktoren müssen zusammenwirken, um die kapita-

---

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

21. Fortsetzung.

„Bist du gekommen, mir das zu sagen?" fragte Undine kalt, ihr Antlitz unwillig von ihm abkehrend.

„Nein, verzeihe, ich kam zu fragen, ob du etwas dagegen einzuwenden hättest, wenn wir meinen Bruder Timm, der sich noch gar nicht von seinem Unfall erholen kann, hier auf dem Gorlingshof einquartieren?"

„Entbehrt er in der Wiedingharde etwas?" Undine sagte es kurz und hart, so daß Graf Reimar etwas bestürzt zu ihr herübersah.

„Du wünschest es also nicht? Ich hätte es mir ja denken können. Ich weiß, daß es dir und vielleicht auch Timm peinlich sein muß, hier seine Genesung abzuwarten, nachdem du damals seine Werbung abgelehnt hast. Aber der Arzt bedeutete mir, daß er hier doch vielleicht mehr Bequemlichkeiten haben könne als in dem einfachen Fischerhaus, und da meinte ich, wir müßten es Timm vielleicht schuldig, ihn hierher zu nehmen. Natürlich nicht gegen deinen Willen, denn es ist dein Haus und dein Recht, zu bestimmen, wer hier als Gast einzieht."

„Timm hat bereits mein Anerbieten abgelehnt."

„Abgelehnt? Hast du ihn gesprochen?"

„Ja, ich war in der Wiedingharde, um nach seinem Befinden zu fragen."

Empört sprang Graf Reimar empor. Eine scharfe Falte furche seine Stirn, und wie Zorn bebte es in seiner Stimme, als er hervorstieß:

„Du, du hast ihn aufgesucht, du hast mit ihm gesprochen, und ich durfte ihn nicht sehen? Das blonde Mädchen, das mich mit seinem Haß beehrt, stand wie der Engel mit dem feurigen Schwert vor der Tür und wehrte mir den Eingang, und dich, dich ließ sie zu ihm?"

„Dein Bruder wünscht keine Gemeinschaft mit dir."

„Und warum denkst du, daß er sie nicht will?"

Undine zuckte die Achseln. Ihre Augen hingen weit drüben an den Meereswolken, die purpurn dahinwallten.

„Was du denkst, will ich wissen", forderte er.

Erstaunt sah Undine zu Reimar auf. Kühl trat sie weit von ihm zurück.

„Mein Denken gehört mir allein, wenn du aber so viel Gewicht darauf legst, so kann ich dir ja auch sagen, was ich glaube: daß er dich haßt."

Mit einer Art grausamer Genugtuung hatte sie ihrem Gatten die Worte ins Gesicht geschleudert. Jetzt erschrak sie aber vor der Wirkung, die sie auf ihn ausübten. Bleich, mit fahlem Gesicht starrte er sie einen Augenblick an, dann aber kehrte langsam das Blut in sein Antlitz zurück und tonlos erwiderte er:

„Es war von jeher mein Schicksal, da, wo ich Liebe säete, Haß zu ernten. Ich kann natürlich meinen Bruder nicht zwingen, in mir seinen besten Freund zu sehen, da ich ja auch ihm scheinbar etwas genommen habe, indem ich dein Gatte wurde. Kann ich seine Stimmung wohl begreifen. Aber ich will nicht, hörst du wohl, ich will nicht, daß das Volk da draußen seine Glossen über uns macht. Timm gehört in den Gorlingshof und nicht in die Wiedingharde, und ich wünsche, daß du es durchsetzt, ihn, wenn nicht als meinen Gast, so als deinen hier zu beherbergen."

Undine wurde plötzlich brennend rot. Wie gleichgültig mußte sie doch Reimar sein, daß er darauf bestand, einen Mann bei sich aufzunehmen, von dem er wußte, daß er sie liebte.

Sie zuckte gleichmütig die weißgerundeten Schultern und entgegnete ablehnend:

„Ich habe keinen Einfluß auf deinen Bruder. Er fühlt sich sehr wohl in der Wiedingharde und er ist auch dort gut verpflegt. Dorret versteht es ausgezeichnet, ihn zu unterhalten, und Otte Thorntsen ist ein sehr weitgereister und vielbelesener, wenn auch etwas wunderlicher Mann."

„Ich will diesem Mädchen aber nicht verpflichtet sein. Sie zeigt mir so deutlich und unverhohlen ihre Abneigung, als wäre ich ein verkappter Verbrecher, und das paßt mir nicht."

Undine lächelte nachsichtig.

„Sie ist meine Freundin, Reimar, und das erklärt alles."

„Ja, sie hetzt dich auf gegen mich", rief er dann mit einem tiefen Grollen in der Stimme. „Glaubst du, ich spüre nicht, wie sie jeden deiner Schritte, jeden deiner Blicke bewacht, aus Furcht, du könntest dir erlauben, mir einen solchen zu schenken?"

Wieder lächelte Undine. Mit den schlanken Händen strich sie die rotgoldenen Locken zurück, die der Abendwind in ihre weiße Stirn wehte, und in ihrer Stimme war etwas von nachsichtiger Milde, als sie sprach:

„Wie kann dich das irritieren? Dorret zittert für mich. Sie sieht in dir einen Feind und sie glaubt mich schützen zu müssen. Trotzdem sie einige Jahre jünger ist, hat sie vielleicht mehr Festigkeit als ich. Die hat ihr das stille, ernste Leben mit dem alten, wunderlichen Großvater gebracht, und ich liebe sie."

„Das ist alles gut und schön, aber das blonde Mädel soll nicht täppisch in meine Rechte eingreifen."

„Rechte?"

Groß und fragend sahen die dunklen Augen Undines zu ihm auf. Der Graf biß sich, unwillig über sich selbst, die Lippen.

„Verzeihe, der Ausdruck war schlecht gewählt. Ich weiß, daß ich keine Rechte habe, und ich bin weit davon entfernt, solche von dir zu fordern, aber ich meine, daß wir doch wenigstens äußerlich alle nur denkbare Rücksicht gegenseitig nehmen sollten, unsere Ehe, die doch nun einmal nach außen hin besteht, vor der Welt makellos zu halten."

„Hast du dich über mich zu beklagen? Habe ich je eines deiner Rechte verletzt oder bin ich dir irgendwie zu nahe getreten?"

„Nein, Undine, davon kann nicht die Rede sein. So meine ich es nicht. Aber sieh, wir brauchten doch nicht wie ein paar feindliche Parteien uns hier im Hause auszuweichen. Deine Stiefmutter beobachtet uns unausgesetzt. Sie quittiert über jede Ablehnung deinerseits mit einem triumphierenden Blick und sie lächelt über jede Tölpelhaftigkeit, die ich mir in dem für mich schwierigen Verhältnis zu schulden kommen lasse."

Also darauf läuft es hinaus, dachte Undine. Was Fridtjof denkt, beschäftigt ihn. Ihretwegen soll ich freundlicher zu ihm sein, um ihr den Gedanken beizubringen, daß uns wohl gar Liebe zu einander geführt hat.

Eine glühende Röte stieg in Undines Antlitz.

Sollte sie als Werkzeug dienen, die Frau zu reizen, die er einst geliebt? Wollte er Fridtjof strafen? Sollte sie all die Qualen der Eifersucht erdulden, die er vielleicht einst selbst ihretwegen erlitten?

Und sie, sie sollte die Hand dazu bieten? Darum hatte er sie gewählt? Darum warf er das reiche Erbe hin? Aus Rache? Wer aber so blind hassen konnte, der konnte auch heiß lieben. Der hatte nicht abgeschlossen mit der Liebe, der liebte noch immer.

(Fortsetzung folgt.)

etische Wirtschaft zur sozialistischen umzugestalten. Zu diesen Faktoren gehören die staatliche und die kommunale Demokratie, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und schließlich auch die wirtschaftliche Selbstverwaltung in den Betrieben. Für die Anhänger des „revolutionären Rätesystems" sind aber die Räte ganz einfach der Hebel der Sozialisierung. Sie wollen das absolute Befehlsrecht der „revolutionären Räte" in den Betrieben, und das absolute Befehlsrecht der zusammengefaßten „revolutionären Räte" im Staat. Dieses Befehlsrecht wollen sie im Kampf gegen die alten Machthaber, die Unternehmer, durchsetzen, wobei ihnen ganz gleichgültig ist, was zunächst aus dem Betrieb und aus der Industrie wird. Monatelange, ja jahrelange Störungen, die durch diesen Kampf verursacht werden, genieren sie nicht. Gegen diese Auffassung, die im Widerspruch steht zu allem wissenschaftlichen Sozialismus und die nur den rohen Urinstinkten der Arbeiterbewegung entspricht, führen wir unsern grundsätzlichen Kampf. **Der Betrieb, die Industrie, die Gesamtwirtschaft, das ist das Schiff, auf dem wir leben, und wenn wir es zerstören, dann ertrinken wir.** Und vor allem ist zu bedenken, daß die Produktionsmittel nicht bloß Grund und Boden, Maschinen usw. darstellen, sondern daß ihr Wert für die Gütererzeugung erst geschaffen wird durch den organisatorischen Zusammenhang, in dem sie sich befinden. Man hat sehr wenig, wenn man ein gut eingerichtetes Fabrikgebäude besitzt, aber keinen eingearbeiteten Betrieb mit sachverständiger Leitung, mit festen Beziehungen zu Lieferanten und Kunden usw. Daraus folgt, daß man die Betriebe zwar zum Ziel höherer Leistungsfähigkeit reorganisieren, daß man sie aber nicht desorganisieren darf. Unsere Sorge aber ist, daß unaufgeklärte Arbeiter Betriebsräte wählen könnten, die nur dummes Zeug treiben und damit die ganze Einrichtung und, in den Augen der Gegner, die ganze Sache des Sozialismus kompromittieren.

Deutschfreundliches aus Nordschleswig.

Aus einem Briefe, den eine junge Nordschleswigerin dänischen Bluts an einen befreundeten Deutschen geschrieben hat, übersetzen wir folgenden Abschnitt:

. . . . Und nun will ich dir etwas darüber erzählen, wie es uns hier im hohen Norden in der letzten Zeit ergangen ist. Die Abstimmung hat ja eine sehr große Mehrheit für das Dänentum ergeben, aber welche Täuschungen haben wir nicht ertragen müssen, ehe dies Ergebnis erzielt wurde, und so weiß ich nicht, ob die Freude über diesen Erfolg ganz rein und ungemischt ist. Wie oft haben wir nicht erkennen müssen: wer die Macht hat, hat auch das Recht. Oh, diese herzlosen Politiker, die nur eins kennen: das Ziel zu erreichen, das sie sich vorgesetzt haben, gleichviel ob sie mit Recht oder mit Unrecht vorgehen. Wir haben hier die internationale Kommission, die einen ganz andern Begriff von Internationalität, als wie er hier angewandt wurde; hier ist einseitig vorgegangen worden. Vor der Abstimmung hieß es immer in den Verordnungen, daß sowohl Dänen wie Deutsche für ihre Sache agitieren dürften; aber während alles für in Ordnung galt, wenn die Dänen alle Agitationsmittel für ihre Zwecke verwandten, wurden die Deutschen, wollten sie agitieren, verhöhnt und verspottet, daß es ein Graus war. Ein solches Benehmen hasse ich; denn wenn man einem andern etwas verbietet, so darf man es nicht selbst tun. Was ich in der letzten Zeit gelitten habe, kannst du dir nicht vorstellen, denn alles, was Recht heißt, ist beiseite geschoben worden. Solange du hier warst (während des Krieges), drehte sich bei uns alles um den Gegensatz: **deutsch oder dänisch**; aber jetzt, wo die Parteipolitik hinzugekommen ist, ist es fürchterlich. Früher war bei uns der Deutsche des Dänen Freund. Heute gehört der eine zur Mehrheit, der andre zur Minderheit, und damit sind ehemalige Freunde zu Feinden geworden. Auch mit mir ist eine Veränderung vor sich gegangen: ich muß sehen, daß alle Deutschen beiseite geschoben werden, muß hören, daß alles, was deutsch ist, nichts taugt (obschon jedermann deutsche Waren haben will); das hat bewirkt, daß ein starkes menschliches Gefühl mich **für das deutsche Volk** erfüllt, so daß ich mit ihm empfinde und dulde. In den unvergeßlichen Stunden, die ich mit dir verbracht habe, lernte ich die deutsche Nation schätzen und einsehen, daß der uns eingepflanzte Haß unberechtigt war. Wie oft habe ich in dem vergangenen Jahre mir Cäsar Flaischlens Mahnung, fröhlich und unverzagt zu sein, vorgesprochen! Ein unendlich großer Schatz von Güte liegt doch in der deutschen Literatur! Hätte ich doch Zeit, Kraft und Gelegenheit, Material zu sammeln zur Belehrung der Leute hier, die in ihrer Unwissenheit so engherzig sind, ein Volk zu verurteilen, das sie in keiner Weise kennen. Ich könnte damit beginnen, Beispiele anzuführen, wie **ungerecht** es jetzt hier überall zugeht; aber ich käme nie zu Ende damit. Von den **Franzosen** kann ich dir sagen, daß sie mir im höchsten Grade unsympathisch sind. Ich kann auch nicht verstehen, weshalb diesem Volk, das so **grundverschieden** von uns ist, gehuldigt werden soll. Wir kennen es doch in keiner Weise. Seine Sitten und Gebräuche unterscheiden sich so von den unsrigen, daß keine Spur gemeinsamer Interessen vorhanden ist. Gemeinsam ist Dänen und Franzosen nur das niedrigste der menschlichen Gefühle: der **Haß**, der Haß gegen Deutschland. Das ist fürchterlich. Ich könnte das all diesen Menschen ins Gesicht schreien, aber für solche Rede sind sie doch taub, sie wollen nicht hören.

Eisenindustrie und Schiffsabgabe.

Aus Industriekreisen schreibt man der „Köln. Ztg.": Bei den bevorstehenden Verhandlungen wegen Abgabe des vom Verband geforderten Restes der deutschen Handelsflotte muß erwartet werden, daß die Reichsregierung sich in vollem Umfange der Verantwortung bewußt ist, die der Frage der **Erzversorgung** der deutschen Eisenindustrie dabei zukommt. Die jetzt geforderten Schiffe finden Verwendung auch für die Verschiffung der Schwedenerze, die die deutsche Eisenindustrie trotz ihres hohen Preises nicht entbehren kann; sie sind vielmehr bei der zur Verfügung stehenden eingeschränkten Koksmenge infolge ihres hohen Eisengehalts **recht** notwendig geworden. Es ist beabsichtigt, in Zukunft die Zufuhren der schwedischen Erze zu erhöhen, und unser Kontingent schwedischen Schiffsraums war der Frachtraum übergeschrieben worden. Sollte die Abgabe der Schiffe an den Verband zur Tatsache werden, so bliebe der zur Verfügung stehende deutsche Schiffsraum so gering, daß die Versorgung mit Eisenerzen völlig unzureichend werden würde, da dann auch noch damit gerechnet werden müßte, daß die Verwendung schwedischen Schiffsraums zweifelhaft sein würde. Die unausbleibliche Folge würden **Stillegungen in großem Umfange** in der Eisenindustrie sein, denn mit den deutschen Erzen und mit der aus Lothringen kommende Minette kann die deutsche Industrie allein nicht arbeiten. Der Lebensnerv des deutschen Wirtschaftslebens ist bedroht. Die Reichsregierung muß Mittel und Wege finden, den Verband zu bestimmen, von seinem Verlangen abzustehen oder die Durchführung in einer Weise zu gestalten, daß die Industrie lebensfähig bleibt.

Eisenbahntarife und Preisbewegung.

Am 1. März traten die um 100 v. H. erhöhten Eisenbahntarife in Kraft. Die Tariferhöhung wird von der Verwaltung begründet mit der wachsenden Belastung der Eisenbahnen durch die Besoldungsreform und den neuen Lohntarif, vor allem aber mit den ungeheuer gestiegenen Preisen aller für den Betrieb notwendigen Materialien. Ihrer Steigerung gegenüber seien die in den letzten Jahren erfolgten Tariferhöhungen weit zurückgeblieben, denn während seit 1914 die Tarife im großen Durchschnitt um rund 500 v. H. erhöht worden seien — für einzelne Güter sei die Erhöhung infolge der Aufhebung von Ausnahmetarifen größer gewesen, es betrage die für Schweden-Erze 700 v. H., für Gießerei-Roheisen 600 v. H. usw. — sei der Preis für Lokomotivkohle z. B. um 1597 v. H., für Stabeisen um 1803 v. H., für Bleche um mehr als 3000 v. H., für Schienen um 1886 v. H. gestiegen. Die für die Beschaffung von Betriebsmitteln aufzuwendenden Kosten entsprächen diesen Preisen. Eine Lokomotive z. B., die 1914 für 100 000 Mk. zu haben gewesen sei, koste jetzt 1 900 000 Mk. Diese den Haushalt der Eisenbahn mit Milliarden belastende Steigerung müsse wohl oder übel zum Ausdruck kommen. Die Finanzlage zwinge die Eisenbahn, den Preissteigerungen der für sie wichtigen Industriezweige schnell zu folgen. Deshalb zunächst die allgemeine prozentweise Tariferhöhung. Die Eisenbahnverwaltung arbeitet aber, wie wir erfahren, bereits daran, die neuen Beförderungspreise den wirtschaftlichen Bedürfnissen **anzupassen**. Zusammen mit dem Landeseisenbahnrat und der ständigen Tarifkommission wird ein **systematischer Neubau des Tarifschemas** so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Tagesereignisse.

— **Die preußische Landesversammlung** nahm in ihrer gestrigen Sitzung einen Antrag **Graef** über die Ausnutzung der Wasserkräfte und Kohle an und beschäftigte sich dann mit dem schon früher behandelten Thema über parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichskosten. Der deutsch-nationale Abgeordnete **Rippel** warf der Zentralstelle für Heimdienst Parteipropaganda auf Staatskosten vor. Ministerpräsident **Hirsch** betonte demgegenüber, daß die Zentralstellen keinen Pfennig erhalten hätten. Schließlich wird der Gegenstand dadurch erledigt, daß auf Antrag der Mehrheitsparteien Schluß der Erörterung erfolgt. — Ein Antrag **Graef** (Soz.), die Grundlinien für die Leistungen der Krankenkassen im Interesse der Kranken zu erhöhen, wird angenommen.

— **(Keine Südekum-Krise.)** Die sozialdemokratischen Fraktionen des Landtages und der Nationalversammlung kamen gestern abend um 7 Uhr im Abgeordnetenhause zu einer Aussprache über die Auseinandersetzung mit der Krone zusammen. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich stürmisch. Nach dreistündiger Verhandlung war insofern eine Klärung eingetreten, als die Versammelten darüber einig waren, daß die Auseinandersetzungen mit der Krone auf Grund des § 153 der Reichsverfassung vorgenommen werden müßten. Präsident Leinert legte dazu dar, daß in der Landesversammlung ein Antrag eingebracht werden müßte, die Staatsregierung solle auf die Reichsregierung wegen der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes einwirken. Um 11 Uhr war die Sitzung zu Ende. Das Ergebnis war völlige Einigkeit zwischen den beiden Fraktionen, und der genannte Antrag wird schon heute von der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung eingebracht werden. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß eine Südekum-Krise nicht bestehe.

— **(Die deutsche Industrie und die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens.)** In der deutschen Liga für den Völkerbund sprachen der frühere Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. **Müller** und das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Direktor Hans **Kraemer**, über die Fragen eines wirtschaftlichen Völkerbundes. Direktor Kraemer teilte in seiner Rede u. a. mit, daß der Reichsverband der deutschen Industrie beschlossen habe, an alle deutschen Wirtschaftsstände heranzutreten, ein **großzügiges Institut zur Stärkung und Wiederbelebung unseres Kredites** zu gründen. Dieses Institut solle weder der Reichsbank, noch andern deutschen Bankinstituten eine Konkurrenz bereiten. Es solle vielmehr den Real- und Personalkredit zusammenfassen, als Grundlage für die Transaktionen, die jetzt zur Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens einsetzen müßten.

— **(Polen duldet keinen Durchgangsverkehr nach Ostpreußen.)** Präsident Ritzmann vom Landesamt Ostpreußen, Mitglied der deutschen Delegation für Verkehrsangelegenheiten in Warschau, berichtet über den polnischen Standpunkt bei den Verhandlungen über den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen u. a.: Einen Durchgangsverkehr von Rumpfdeutschland nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet gibt es nicht, denn Polen und Ostpreußen grenzen garnicht aneinander, weil der Freistaat Danzig und die Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder dazwischen liegen. Polen erkennt die Souveränität Deutschlands über die Abstimmungsgebiete nicht mehr an. — Hiergegen wird auf Anordnung des Auswärtigen Amtes in Berlin Protest eingelegt werden.

— **(Die neuen Farben des Memellandes.)** Seit einigen Tagen haben die Bewohner des Memellands bis auf weiteres ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren; unter General Odry ist eine französische Besatzung eingezogen, die sofort anordnete, daß alle deutschen Hoheitsabzeichen und Flaggen zu entfernen seien. Es ist nun ein Landesdirektorium aus den Spitzen der einheimischen Bevölkerung gebildet worden, und dieses hat beim französischen General durchgesetzt, daß der Memelgau die alten Memeler Abzeichen im Wappen führen darf: die Flagge wird **Gold-Gelb-Rot** sein und im oberen Felde wird das schmucke alte Memeler Stadtwappen stehen, wie es über dem Eingang des Memeler Rathauses angebracht ist, der Leuchtturm mit den beiden Baken und dem Schiffchen darunter. Auch die französische Besatzung bedient sich seit einer Woche dieser Farben: das Schiderhaus vor der Wohnung des Generals prangt in gold-gelb-roten Streifen.

— **(Auflösung der Brigaden Ehrhard und Löwenfeld.)** Die beiden Marinebrigaden Ehrhard und Löwenfeld, die während des letzten Krieges meist da Verwendung fanden, wo die Lage besonders ernst war und die sich militärisch stets auf das beste bewährt haben, werden infolge der Durchführung des Friedensvertrages auf Anordnung des Reichswehrministers am 10. März aufgelöst. Ein beträchtlicher Teil der Offiziere, Chargierten und Mannschaften wird in die Marine wieder eingegliedert.

— **(250 000 Gefangene aus Frankreich heimgekehrt.)** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bisher rund 250 000 Mann, darunter über 4400 Offiziere, aus den Kriegsgefangenenlagern in Frankreich zurückgekehrt sind. Durch den Generalstreik der Eisenbahner in Frankreich ist der Rücktransport bisher nicht behindert worden. Es trafen noch am Sonntag auf den bekannten Linien die üblichen sechs Transporte aus der ehemaligen Kampfzone ein und auch am 1. März lagen schon Meldungen über neu angekommene Transporte vor.

— **(Eins nach dem andern in französische Hände.)** Die große Zahl größerer Bauten im Wiesbadener Gebiet, die in die Hände von Ausländern übergegangen sind, ist um ein weiteres wertvolles Stück vermehrt worden. Ein ausländisches Konsortium — welcher Nationalität ist noch nicht bekannt — hat das prachtvolle, am Südhang des Taunus gelegene 400 Meter über dem Meeresspiegel bei Georgenborn zwischen Wiesbaden und Schlangenbad gelegene Schloß **Hohenbuchau**, das dem **Freiherrn von Krauskopf-Hohenbuchau** gehört, mit seinen ausgedehnten Parkanlagen angekauft.

— **(Frankreich und die deutschen Schiffe.)** Der Korrespondent des „Matin" in London, **Sauerwein**, meldet, daß Frankreich trotz allem Widerspruch die 200 000 Tonnen deutschen Schiffsraum zurückgeben müsse. England wolle in diesem Punkt keine Zugeständnisse machen. Der Unterstaatssekretär für Handelsschiffahrt, **Bignon**, erklärte, daß die französische Regierung viel zu große Zugeständnisse an Amerika, England und Italien gemacht habe. Er sagt, die Frage der Rückgabe der 200 000 Tonnen Schiffsraum müsse revidiert werden, ohne daß an dem Buchstaben des Vertrags festgehalten werde. Sie könne nur von Sachverständigen behandelt werden. Vielleicht gebe es ein Mittel, England Zugeständnisse zu gewähren für das Entgegenkommen, das von Frankreich gewünscht werde. Bignon betont, daß England nicht gedroht habe für den Fall, daß Frankreich die Schiffe nicht zurückerstatte.

— **(Saarbergbeamte und französische Verwaltung.)** Die Saarzeitungen berichten, daß sich die Lage im Saargebiet plötzlich zugespitzt habe. Zwischen den Bergbeamten und der französischen Grubenverwaltung bestehen Zwistigkeiten. Die Saarbergbeamten lehnten es ab, die französischen Bedingungen anzuerkennen und weigerten sich, in den französischen Dienst überzutreten. Die Mehrheit beschloß, ihre Dienste nur der preußischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Da die Fördermaschinisten drohen, die Arbeit niederzulegen, besteht die Gefahr, daß die gesamten Saargruben stillgelegt werden.

— **(Fortsetzung der Verhaftungen im besetzten Gebiet.)** Die Franzosen setzen im Saargebiet, im Rheinland und in der Pfalz die willkürliche Verhaftung von Personen fort, die sich nach ihrer Ansicht gewisser Vergehen im Kriege schuldig gemacht haben. Die französischen Militär- und Polizeibehörden befinden sich im Besitze besonderer Listen, auf denen die Namen der zu verhaftenden Personen vermerkt sind. Die Festnahme und Verschleppung der meist ahnungslosen Personen erfolgt vielfach in einer geradezu überfallartigen Weise.

— **(Die französischen Gebrechen in den besetzten Gebieten.)** Der Regierungsausschuß des Völkerbundes wurde von den Behörden auf das Verschwinden zahlreicher junger Mädchen aus dem Saargebiet hingewiesen. Die bisherigen Untersuchungen über dieses spurlose Verschwinden wurden französischerseits in einer auffallend laxen Weise durchgeführt und das Ergebnis geheim gehalten. Es steht außer Zweifel, daß viele junge Mädchen durch internationale Mädchenhändler verschleppt wurden. In der Bevölkerung behaupten sich außerdem Gerüchte, daß die Mädchen Opfer französischer Kolonialsoldaten geworden sind.

— **(Die Streiklage in Frankreich.)** Ueber die Streiklage erfährt das „Journal": 10 000 Mobilisierungsorders sind an die Eisenbahner der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeer abgegangen. Eine Mobilisierungsorder ist auch an die Eisenbahner der staatlichen Westbahn abgegangen. Der sozialistische Kongreß in Straßburg hat eine Tagesordnung angenommen, durch die der Kongreß sich mit den Eisenbahnern solidarisch erklärt.

— **(Belgien vor dem Generalstreik.)** Havas meldet aus Brüssel: Die Ausrufung des belgischen Generalstreiks [illegible] Bergarbeiterschaft steht bevor. [illegible] belgischen Kohlengruben feiern zwei Drittel der Arbeiter. Die Arbeitswilligen werden gewaltsam von der Arbeitsstätte ferngehalten. Der Streik richtet sich gegen die fortwährende Verteuerung des Brotes und der anderen Lebensmittel.

— **(Holland lehnt auch die zweite Kaisernote ab.)** Der holländische Minister des Aeußeren, Karnebeek, hat in einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten erklärt, daß die Antwort auf die zweite Kaisernote der Entente diese Woche abgehen wird. In dieser Note wird die holländische Regierung erklären: Sie beharre auf ihrer Ueberzeugung, daß es keine Gründe gäbe, die eine eventuelle Auslieferung des Kaisers rechtfertigen. Gleichwenig beabsichtige die holländische Regierung den früheren Kaiser nach irgend einem Ort in den holländischen Kolonien zu überbringen, da eine Aufsicht so weit von der Regierung entfernt zu schwierig sein werde und die große Ausdehnung der überseeischen Gebiete eine strenge Bewachung noch weiter erschwere. In Holland könne jeder Schritt des Exkaisers sorgfältig nachgegangen werden. Die holländische Regierung beabsichtige besondere Vorkehrungen bezüglich der Bewegungsfreiheit des früheren Kaisers zu treffen. Auf die Frage des Korrespondenten, ob die holländische Regierung die eventuelle Rückkehr des Exkaisers nach Deutschland gestatten werde, antwortete der Minister, daß eine solche Möglichkeit vorläufig nicht in Frage gekommen sei. Diese Möglichkeit könne immer noch erwogen werden, wenn sie auftauchen sollte.

— **(Ist Kaiser Karl König von Ungarn?)** Die christlich-soziale Partei hat sich vollständig auf den legitimistischen Standpunkt gestellt und erklärt, daß Ungarn gar nicht das Recht zustehe, eine neue Königswahl auszuschreiben, da Kaiser Karl noch immer rechtsmäßiger König von Ungarn sei. Der Abg. Kobacz hat eine Interpellation eingebracht, in der die Frage aufgeworfen wird, ob Kaiser Karl auch jetzt im rechtlichen Sinne Herrscher ist. Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt werden.

— **(Unser Handel mit China.)** Die chinesische Regierung hat eine Reihe von Bestimmungen für den Handel mit Deutschland festgesetzt. Deutsche Waren würden in den Häfen Einfuhrzölle in Höhe von 5 Prozent des Wertes für Lebensbedürfnisse zahlen müssen und von 10 bis 100 Prozent für Luxusartikel. Dies gilt für alle Waren ausländischer Herkunft. Deutsche Waren haben außerdem alle Transportsteuern, alle inländischen Abgaben sowie das Likin zu zahlen, während für Waren anderer Herkunft nur eine Pauschale von 2,5 Proz. entrichtet werden muß. Deutsche dürfen im chinesischen Inlande nicht als Handelsagenten tätig sein. Die „Times" bemerkt dazu: Da die Ententemächte Chinas Wunsch, daß jedem Ursprungszeugnisse beigegeben werden, abgelehnt haben, ist es nicht klar, was Deutschland hindern könnte, seine Artikel unter falscher Bezeichnung nach China zu senden und dafür die Vorteile der Vertragsstaaten zu genießen.

— **(Absatzfragen.)** In Holland liegen von dem letzten Nordseefang her ungewöhnlich große Mengen **Heringe**, die kaum anderswo als in Deutschland abzusetzen wären, wenn nicht die leidige Frage des Geldstandes wäre. Die Nordseefischer möchten die Regierung veranlassen, mit Deutschland oder anderen Abnehmern wegen Lieferungen auf Kredit zu unterhandeln, da die Beteiligten selbst nicht in der Lage sind, auf Borg zu liefern. Wenn die vorhandenen Mengen nicht rechtzeitig abgesetzt werden, ist nicht ausgeschlossen, daß die Fischer die umfassenden Vorbereitungen für den nächsten Fang unterlassen. In Frankreich bemüht man sich, Fischdampfer aus Ymuiden für den Fang im Kanal vom Boulogner Hafen aus zu gewinnen. Wie mit dem Hering ergeht es unserm Nachbar mit dem Käse: sie haben 25 Millionen Kilogramm da liegen, die sie wegen der Währungsnot nicht anbringen können. Es sind nun Ausschüsse von Unterhändlern nach Deutschland, Belgien, Frankreich und den ehemals österreichisch-ungarischen Staaten gesandt worden, um Abschlüsse auf Kredit zu tätigen.

Kleine Nachrichten.

Nach dem Daily Herald haben die **Sinnfeiner** in der letzten Woche zweimal englische Munitionstransporte im Süden Irlands angegriffen und viele **Munition und Waffen geraubt**.

Die nächste Sitzung des **Ausschusses der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten** wurde auf **Dienstag** kommender Woche angesetzt.

Die Blätter fahren fort, nachzuweisen, daß die **Auslieferungsliste** der Entente in vielen Fällen auf **unrichtige Angaben** gestützt ist.

Infolge der **Kohlennot in Italien** werden zahlreiche Züge ausfallen. Der Sonntagsverkehr wird eingeschränkt werden.

Wie die Blätter melden, hat **Wien** nach dem vorläufigen Ergebnis der jüngsten Volkszählung insgesamt 1 838 708 Einwohner, also **ungefähr 200 000 Einwohner weniger** als 1910.

Die von der englischen Arbeiterpartei eingebrachte Gesetzesvorlage, die das **Stimmrecht der Frauen** in derselben Weise regelt wie das der Männer, wurde im Unterhause in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage setzt die Altersgrenze für Frauen von 30 auf 21 Jahre herab.

Der Kassationsgerichtshof von Brabant hat **4 Mitglieder des Rates von Flandern**, welche der Delegation angehörten, die sich seinerzeit nach Berlin begab, **in contumaciam zum Tode verurteilt**.

Entgegen vor einiger Zeit und jetzt erneut wieder auftretenden Presseäußerungen, daß der **ehemalige deutsche Kronprinz ein Jahreseinkommen von 800 000 Gulden** habe, wird erneut von maßgebender Stelle festgestellt, daß das Einkommen des Kronprinzen im Jahre 1919 nicht mehr als etwa ein Zwanzigstel dieser Summe betragen hat.

Vom Straßburger Sozialistenkongreß erfahren die P. P. N., ein Redner habe bedauert, daß **Poincare** nicht unter Anklage gestellt worden sei, weil er ebenso **schuldig für den Krieg** sei wie Wilhelm II.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 2. März. **(Verschiedenes.)** Nach dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Verbande der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen alle versorgungsberechtigten **Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** den doppelten Monatsbetrag ihrer Renten als **einmalige Wirtschaftsbeihilfe** erhalten. Den in den Lazaretten befindlichen Mannschaften soll bei ihrer Entlassung eine einmalige Beihilfe von 100 Mark gewährt werden. Für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum Vollzug des in Bearbeitung befindlichen neuen Versorgungsgesetzes wird eine angemessene Erhöhung der Renten in Aussicht gestellt. Die Verhandlungen wegen eines Ersatzes für die vom 1. April 1920 in Wegfall kommende Kriegswohlfahrtspflege für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind noch nicht abgeschlossen.

Die Empfänger von laufenden Militärversorgungsgebührnissen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei Verlegung ihres Wohnsitzes in den Bezirk einer anderen Postanstalt oder aus sonstigen dringenden Gründen ihre Gebührnisse bei einer anderen Postanstalt abzuheben wünschen, die Ueberweisung der Zahlung bei der bisher zahlenden Postanstalt oder bei der Pensionsregelungsbehörde zu beantragen haben.

(Einschränkungen bei der Post.) Vom 1. März d. Js. werden an Sonn- und allgemeinen Feiertagen beim hiesigen Postamt und den Postagenturen Bergkamen, Heeren, Methler die Schalter nur von 8—9 Uhr vormittags offengehalten. Von der Annahme sind ausgeschlossen: Pakete, Postanweisungen und Zahlkarten sowie Wertbriefe; jedoch können dringende Pakete (erhöhte Gebühr) sowie telegraphische Postanweisungen und Zahlkarten während der Schalterstunde aufgeliefert werden. Die Ausgabe aller Sendungen erfolgt während der Schalterdienstzeit unbeschränkt. Die Briefkastenleerung findet Sonntags nur 5.45 morgens und 5.15 nachmittags statt. Bemerkt wird, daß in nächster Zeit an den Sonntagen auch eine Einschränkung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs eintreten wird.

Der Wirtschafts-Ausschuß tritt Mittwoch abend 7 Uhr (nicht 4 Uhr) zu einer Beratung zusammen.

(Geschworenenauslosung.) Für die am 15. März beginnende außerordentliche Tagung des Schwurgerichts sind u. a. folgende Geschworene ausgelost: Müller Heinr. Ruckebier, Kamen und Betriebsassistent Wilh. Due, Kurl.

Werl, 2. März. **(Diebstahl.)** Einen leichen Fischzug machte eine Einbrecherbande in der Nacht in der Verkaufsstelle des hiesigen Konsumvereins „Eintracht". Vermittels eines ausgehobenen Gartentores erkletterten die Diebe die Hinterwand des Lagerhauses und gelangten durch ein Fenster auf den Boden desselben und von da in die Verkaufsräume. Hier ließen sie einige Fässer Schmalz, eine Anzahl Mettwürste, Zigarren, Zigaretten, Kautabak und Wein mitgehen. Den Bemühungen des Polizeiwachtmeisters Ehrenbrusthoff und eines Lüdenscheider Kriminalbeamten gelang es bereits, einen der Haupttäter, den Bergmann Franz aus der alten Kolonie Viktoria, zu überführen und festzunehmen. Einen Teil des gestohlenen Schmalzes fanden die Beamten im Waschkessel versteckt vor. Hoffentlich gelingt es bald, auch seine sauberen Komplizen ausfindig zu machen.

s **Dortmund**, 1. März. **(Eine Familientragödie.)** Der Bergmann Heinrich Mankel aus Holthausen-Brechten war vom Schwurgericht Dortmund wegen Totschlags unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Auf die Revision Mankels hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht zurück. Die Sache kam daher Sonnabend noch einmal vor dem Schwurgericht zur Verhandlung. — Mankel wird vorgeworfen, seine Frau am 16. Januar 1919 erschossen zu haben. — Mankel war seit 1907 verheiratet, doch war die Ehe nie so recht glücklich. Die Frau war unordentlich, faul und nahm es mit der ehelichen Treue nicht genau. Der von allen als gutmütig und ruhig bezeichnete Angeklagte hatte jedoch nie vollgültige Beweise und söhnte sich mit seiner Frau immer wieder aus. Vom März 1915 bis 18. Dezember 1918 war Mankel im Felde, was er von der Löhnung erübrigen konnte, sandte er seiner Frau nach Hause. Die aber dankte es ihm, daß sie sich mehr denn je mit fremden Männern herumtrieb. Als der Mann nach Hause kam, wurden ihm von allen Seiten die haarsträubendsten Dinge von seiner Frau erzählt. Er sprach sich mit seiner Frau aus und glaubte alles in schönster Ordnung, da fand er am 11. Januar seine Frau mit dem größten Teile der Möbel ausgerückt mit dem Kostgänger. Am 16. Januar begab er sich in die Wohnung seiner Frau, alte Jakobstraße, um sich dort seine Möbel wiederzuholen. Mit aller Ruhe trat er seiner Frau gegenüber. Diese und eine Frau, sowie andere Hausgenossen, fielen über den Mann her, zogen und zerrten ihn, und übergossen ihn mit Wasser. Bis schließlich der Angeklagte seinen Revolver zog, vier Schüsse abgab, von denen getroffen die Frau tot zusammenbrach. — Von allen Zeugen wird die Frau als ein sittenloses Frauenzimmer, die sich bis mittags im Bett herumräkelte, Zigaretten rauchend und Romane lesend ihre Nachmittage verbrachte und ihren Haushalt verkommen ließ. — Wie der Kreisarzt Dr. Wollenweber bekundet, hat die Verstorbene an einer chronischen Geschlechtskrankheit gelitten. Der Sachverständige verbreitete sich dann über den Geisteszustand des Angeklagten. — Der Angeklagte hat als Feldartillerist bei der 1. Gardedivision die Schlachten an der Somme, bei Arras, Artois, in Flandern, die Durchbruchsschlacht bei Cambrai mitgemacht. Wie der Sachverständige ausführt, sind die Einwirkungen derartiger Großkampftage auf die Menschen so tiefe, daß vielleicht Monate und Jahre darüber vergehen, ehe diese schädigenden Einwirkungen vergehen. — Ein Feldzugsteilnehmer, der so schweres mitgemacht habe, ist anders, als andere Menschen zu bewerten, besonders wenn Affekthandlungen, wie hier, begangen sind. Der Staatsanwalt beantragt, es bei dem vom Vordergerichte festgesetzten Strafmaß von 1 Jahr Gefängnis zu belassen. Der Verteidiger, R.-A. Dr. Platte, hielt hier einen Fall gegeben, der die vom Gesetzgeber vorgesehene mildeste Strafe von 6 Monaten Gefängnis verdiene. — Nach längerer Beratung kam das Gericht zu folgendem Urteil. Der Angeklagte wird wegen Totschlags zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

sz **Aplerbeck**, 1. März. **(Einbruch.)** Der wiederholt vorbestrafte Bergmann August Kriska und der Bergmann Josef Leutnant aus Aplerbeck brachen bei der Witwe Rehberger in der Ludwigstraße ein und suchten sich in der Wohnung allerlei zusammen. Aus einem offenen und aus einem gewaltsam geöffneten Kleiderschrank nahmen sie Kleidungsstücke und Wäsche. Dazu fügten sie 2 Pfund Butter und einen goldenen Ring. Bevor sie mit ihrer Beute aus der Wohnung verschwinden konnten, kehrte Frau Rehberger zurück, überraschte sie und ließ sie festnehmen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kriska 1 Jahr 4 Monate, gegen Leutnant 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verhängte 9 bezw. 5 Monate Gefängnis.

sz **Sölde**, 1. März. (Ein diebischer Schulknabe.) Der Schüler Albert Rademacher in Sölde stieg dort in die Schule ein und stahl aus dem Pult der Lehrerin einen Geldbetrag von mindestens 8 Mark, um ihn in Näschereien anzulegen. Er wurde mit 1 Woche Gefängnis bestraft.

Konzert, Theater rc.

Kamen, 2. März. **(Vortrag M. Dönhoff.)** Der heute abend bei Biermann 8 Uhr stattfindende Vortrag ist nicht nur für Frauen bestimmt. Es wird auch jeden Mann interessieren, was die Frauen in jetziger Zeit planen, wünschen und wollen. Fräulein Marta Dönhoff hat aus ihrer Erfahrung als Erste Vorsitzende des Rhein.-Westf. Frauenverbandes heraus viel zu geben und so verspricht der Abend ein sehr genußreicher zu werden. Karten zu 1 Mark sind an der Kasse zu haben.

Redaktionsbriefkasten.

A. B. 40 in Kamen. Alfred Nobel war Chemiker; er wurde 1833 in Stockholm geboren und starb 1833 in San Remo. Den Ertrag seines Vermögens von 44 Mill. Frcs. bestimmte er für wissenschaftliche und humanitäre Zwecke (Nobelstiftung). Es wurden bisher aus dieser Stiftung Preise verliehen für Leistungen auf dem Gebiete der Chemie, Physik, Medizin, Literatur rc.

Wwe. B. in Sch. Für die Krankheitstage darf dem Mädchen weder von seinem Lohne etwas abgezogen werden, noch das Weihnachtsgeschenk darauf verrechnet oder wieder zurückgenommen werden.

E. K., Methler. Lassen Sie sich einige Nummern der Zeitschrift „Daheim", Berlin, Tauentzienstr. 7b, übersenden, in deren Inseratenteil Sie eine Fülle von Pensionaten für junge Damen finden.

N. N. 9. in Rottum. Sie sind berechtigt, auch Stoffe zu verkaufen. Selbstverständlich ist die Umsatzsteuer auch von diesem Betriebszweige zu entrichten.

F. L., Werne. Zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern besteht keine gegenseitige Unterhaltspflicht. Wohl aber würde Ihre Frau von der Mutter in Anspruch genommen werden können, wenn jene eigenes Vermögen oder Einkommen hat.



Am 28. ds. Mts. starb nach kurzer Krankheit im Alter von 35 Jahren

Herr Ernst Stiepel

Steiger auf unserer Schachtanlage Grillo.

Der Verstorbene stand seit dem 1. April 1914 in Diensten unserer Gesellschaft. Er hat seine Obliegenheiten stets in treuer und gewissenhafter Weise erfüllt und erfreute sich bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern hoher Achtung und Wertschätzung.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand und die Beamten der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G.

Rheinelbe-Gelsenkirchen, den 28. Februar 1920.

m 42

Bekanntmachung.

Meine Bekanntmachung vom 21. Januar 1920 betreffend

Höchstpreise für Milch im Kleinhandel

wird unter Ziffer 1 zu a dahin abgeändert, daß der Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch ab Hof oder Stall des Erzeugers auf 80 Pfg. festgesetzt wird, wobei es gleich ist, ob der Verkauf direkt an Verbraucher oder Händler erfolgt.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Unna, den 1. März 1920.

Der Amtmann: gez. Lehmhaus.

Pferdeabgabe an den Feindbund.

Die Bestimmungen in der Bekanntmachung vom 21. Februar d. Js. — Nr. 46 des Kreisblattes vom 24. d. Mts. — sind genau zu beachten und werden Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen auf Grund des § 6 der Bekanntmachung über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. 12. 1919 — R.-G.-Bl. S. 1938 — in jedem Einzelfalle mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark bestraft. Außerdem werden die betr. Tiere auf Kosten des Besitzers der Kommission vorgeführt. Die Vorführung der Pferde hat unentgeltlich zu erfolgen. Die Pferde sind pünktlich zur Stelle zu bringen.

Hamm, den 27. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.
Der Oberbürgermeister: R. Matthaei.

Steuer-Erklärungen

für die Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse von Steuerpflichtigen des Amtes Unna-Kamen werden in der Zeit

vom 2. bis 10. März d. Js., vormittags von 8½—12½ Uhr

im Rathaus in Unna durch einen Beamten des Preußischen Staatssteueramtes Hamm entgegengenommen.

Amt Unna-Kamen, 28. Febr. 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Nachruf.

Am 28. Februar verschied infolge Lungenentzündung unser Kollege

Herr Steiger

Ernst Stiepel

im Alter von 35 Jahren.

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen sehr geschätzten Mitarbeiter und treuen Freund, einen Menschen mit warmherziger und selbstloser Lebensauffassung.

Wir werden ihn nicht vergessen. w844

Die Beamten und Angestellten der Schachtanlage „Grillo."

Trauerdrucksachen
erledigt schnell und sauber die
Buchdruckerei der Kamener Zeitung.



Weinet nicht an meinem Grabe,
Gönnet mir die ewige Ruh,
Denkt was ich gelitten habe,
Eh ich schloß die Augen zu.

Heute abend 9½ Uhr starb plötzlich und unerwartet nach längerem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Schuhmachermeister

August Diening

im Alter von 54 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Witwe August Diening
Alma Hüser geb. Diening
Emil Hüser
Otto Diening
Paula Diening geb. Schaumann
Hedwig Diening
nebst 3 Enkelkindern.

Kamen, Hagen, Hilbeck, Wiescherhöfen, den 28. Februar 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März 1920, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Ostenmauer 22, aus statt.
Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. v858

Die Leipziger Frühjahrsmesse.

(TU) **Leipzig**, 1. März. Die Frühjahrsmustermesse ist gestern bei schönstem Wetter und einem ungeheuren Zustrom von Besuchern eröffnet worden. Die Zahl der Aussteller zur Mustermesse übertrifft mit 11 000 die der letzten Herbstmesse um 1500. Unter den ausländischen Einkäufern befinden sich auch Franzosen, Engländer, Inländer. Die Musterausstellungen sind auf allen Warengebieten glänzend. Infolge des allgemeinen Warenhungers werden die Aufträge geradezu stürmisch erteilt.

Die Steigerung der Engrospreise.

(TU) **London**, 1. März. Die Teilversammlung des Obersten Rates, die über die Preissteigerung und den Wechselkurs berät, setzte die Verhandlungen am Sonnabend fort und stellte fest, daß die Engrospreise in Frankreich um 300%, in Italien um über 300%, in Großbritannien um 170%, in Amerika um 120% gestiegen sind.

Die traurige Ernährungslage Deutschlands.

(TU) **London**, 1. März. Die am Sonnabend stattgefundene Erörterung des Obersten Rates ergab ein überaus trauriges Bild der Ernährungslage in Deutschland. Es muß als erwiesen gelten, daß die Bevölkerung Deutschlands weniger als die Hälfte der Ernährungskategorien erhält, die vom Obersten Wirtschaftsrate als für die menschliche Gesundheit unbedingt erforderlich errechnet worden sind.

Die Elternbeiratswahlen.

Berlin, 1. März. Bisher lagen die Ergebnisse aus 29 Großberliner Gemeinden über die Elternbeiratswahlen in den Volksschulen vor. Danach weisen die Listen der Rechtssozialisten 314, der Unabhängigen 622 und der unpolitischen Christlichen 358 Elternbeiräte auf.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 2. März. (Die Schulfrage.) Und es bleibt doch wahr, man kann in der Simultanschule nicht mehr „Stille Nacht, heilige Nacht ...“ singen, wenn man die zarten Gefühle der Religionslosen nicht verletzen will. Wie kann ein religiös Gleichgültiger „Gottes Sohn, o wie lacht Lieb' aus deinem göttlichen Mund“ singen! Wie kann er auch „Vom Himmel hoch ...“ singen, muß er dann doch bekennen: „Es ist der Herr Christ unser Gott“. Er gibt an, er könne diese Lieder auch weiterhin singen. Das ist eine eigenartige Inkonsequenz, eine sonderbare Grundlosigkeit, eine Art Simulantentums, sodaß man denen, die von einer Simultanenschule reden, ein gewisses Recht zusprechen muß. Wir überzeugten Christen wollen auch den stolzen Bau der Einheitsschule, aber die Religion muß im „Mittelpunkt“ bleiben, und nicht zu einem bloßen Nebenfach herabgedrückt werden. Wir wollen eine Einheitsschule, in der die sozialen Unterschiede ausgeschaltet sind. Freie Bahn dem Tüchtigen, das ist auch unsere Parole. Wo man uns aber das teure Gut evangelischen Christenglaubens herabsetzt, da wissen auch wir evangelischen Lehrer zu streiten. Risch, Südkamen.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr Passionsgottesdienst in der Lutherkirche, Pastor Ewald.

Wetterbericht.

3. März: Kaum verändert.
4. März: Veränderlich, normal temperiert. Windig.
5. März: Wolkig, Niederschläge, kalt.
6. März: Vielfach bedeckt, milde. Nachts kalt.

Für Oberaden

Zeitungsboten

sofort gesucht.

Kamener Zeitung,
Unnaerstraße 163.

Berufsamt der Stadt Kamen

im Rathause, Zimmer 12. Fernspr. 67, 68, 69.

Auskunft und Vermittlung unparteiisch und kostenlos.

Geschäftsstunden von 9—11 Uhr vormittags.

Zu Ostern suchen Lehrstellen als:	Offene Lehrstellen sind zu besetzen mit:
Schlosser 13	Gärtnern 2
Elektrotechniker 6	Maurern 3
Bäcker 3	Lehrmädchen 2
Schuhmacher 2	
Schneider 2	
Knecht 4	
Kaufmann 1	
Schmied 1	
Putzmacherin 1	
Näherin 3	
Dienstmädchen 7	

1846

Empfehle mich zum

Weißnähen u. Wäsche ausbessern

in und außer dem Hause. 1851

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Strickwolle und Nähgarn

10 Lot schwarze Strickwolle
10 Lot graue Landwolle
200 m weisses Obergarn (Marken-Ware)
200 m schwarzes Mattgarn

zusammen **25 Mk.**

Der Verkauf beginnt Dienstag vormittags 8½ Uhr.

Zunächst wird an jeden Käufer nur einmal obige Menge abgegeben.

SANDER

Bahnhofstr. 7 Kamen Bahnhofstr. 7

Kamener Lichtspiele
Weststrasse 20.

Spielplan vom 2 bis 6. März:

Die Sekretärin des Gesandten
Schauspiel in 4 wuchtigen Akten mit Ria Witt in der Hauptrolle.

2. 5 Akte. 5. Akte
„Künsterliebe“
Grosses Sensationsdrama von verblüffender Wirkung.

3.
Auf Erholung
Ein reizendes Lustspiel mit dem beliebten Humoristen Damann.

Voranzeige!
Ab Samstag:
Stuart Webbs Asta Nielsen

Wir empfehlen:

Ia. Wibbelbohnen . .	Pfd	2.60 M.
Ia. kleine gelbe Erbsen	„	3.50 „
Ia. Viktoria-Erbsen .	„	4.50 „
Ia. weisse Bohnen . .	„	3.50 „
Ia. Salzbohnen . . .	„	1.20 „
Ia. Sauerkraut . . .	„	0.38 „

Haferflocken, Kernseife, Toilettenseife billigst.

Gebrüder Wolff, Kamen.

Sitzung des Wirtschaftsausschusses
Mittwoch abends 7 Uhr bei Bergheim

Rote Speisemöhren
hat wieder vorrätig
W. Neff,
Bahnhofstraße, Telephon 122.

Staubbindendes Oel
für Fußböden wieder vorrätig.
Fritz Tapperath.

1 Fahrrad,
Straßenrennmaschine, mit Gummibereifung und Freilauf preiswert zu verkaufen. a854
Bahnhofstraße 22.

Eine Fuhre guten
Dünger
zu verkaufen. m849
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Verloren.
Brieftasche m. Geld und Kohlenscheinen
von Scheer bis Zeche Monopol Schacht Grillo
verloren.
Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung abzugeben. Der Geldinhalt wird als Finderlohn bezahlt. a850

Ein Paar 1836
Offizierstiefel
Nr. 41, zu verkaufen.
Westick,
Germaniastraße 29.

Ein ordentlicher
Junge
zum Mitfahren auf dem Brotwagen gesucht.
W. Stoltefuß, Methler. m822

Suche zum 1. April ein ehrliches, propres 1782
Mädchen
für alle Hausarbeit.
Frau Gastwirt Ruck, Unna, Katharinenstraße 1.

Ein
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit sofort oder später gesucht. v807
Walter Dreyhaus, Kaiserau, Post Kurl

Wegen Erkrankung des jetzigen, tüchtiges
Zweit-Mädchen
sofort oder zum 15. März gesucht. 1839
Frau Hausemann, Westfalenstraße 9.

Nach Dortmund wird für den Haushalt eines Arztes ein anderes, kath.
Mädchen
gesucht. 1856
Schriftl. Angeb. unt. A. S. an die Kamener Zeitung in Kamen.

Ein ordentliches
Morgen-Mädchen
für sofort gesucht. 1848
Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Verein für Fraueninteressen.
Dienstag, den 2. März, 8 Uhr, Hotel Biermann
Vortrag
von M. Dönhoff, M. d. A.
„Frauenaufgaben in heutiger Zeit“
Eintritt 1 Mark.
Kartenverkauf bei C. Holtmann, Bahnhofstr. v771

Die noch bei mir liegenden
Uhr-Reparaturen
bitte unter Angabe der Adresse baldigst abzuordern. i756
F. Bäntzli, Holthausen, Post Soddingen, Castroperstr. 30.

1 Paar f. neue
Damenschuhe
(Größe 40) und ein
Militär-Anzug
zu verkaufen. a807
Wo, sagt die Geschäftsst.

Klavier
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 1852

Lexikon
Meyer oder Brockhaus zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. **M. O. 867** an **Rudolf Mosse, Düsseldorf.** 811

Krieger- und Landwehr-Verein Kamen.
Donnerstag, den 4. März nachmittags 3 Uhr, Antreten im Schützenhof zur Beerdigung des Kameraden
August Diening.
Zahlreiche Beteiligung erwartet v845
Der Vorstand.

a8.9
Steuer-Erklärungen
jeder Art fertigt an
Michaeli,
Schillstraße Nr. 59.

Junger Mann,
23 Jahre alt, von Beruf Polier, sucht passende Damenbekanntschaft zwecks späterer **Heirat**, sehe mehr auf guten Charakter wie auf Vermögen.
Schriftliche Angebote mögl. mit Bild vertrauensvoll unter K. W. 817 an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Zur Konfirmation
empfehlen wir
Gesangbücher, Bibeln und Bilder
in allen Preislagen.
Buchhandlung der Kamener Zeitung.